

Kinderzukunftspaket für Deutschland. Chancen eröffnen.

Beschluss des Bundesausschusses
der CDU Deutschlands am 16. Juni in Berlin

Antrag D 01: Kinderzukunftspaket für Deutschland. Chancen eröffnen.

Wir wollen allen Kindern ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglichen. Sie sollen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, unabhängig vom Bildungshintergrund ihrer Eltern oder der Zuwanderungsgeschichte ihrer Familie gerechte Chancen in unserer Gesellschaft erhalten. Wir setzen uns dafür ein, ihnen ein Umfeld zu schaffen, in dem sie sicher und glücklich aufwachsen können, und in dem sie die Möglichkeit haben, ihr volles Potenzial zu entfalten. Wir als CDU nehmen *alle* Kinder in Deutschland in den Blick. Für das Wohl der Kinder zu sorgen, ist „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ – so formuliert es unser Grundgesetz und so ist es millionenfach gelebter Alltag der Familien. Wir wollen die Eltern unterstützen und dort ergänzend helfen, wo Eltern allein nicht dazu in der Lage sind, gut für ihre Kinder zu sorgen.

In Deutschland leben etwa 13,86 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, das sind 16,7 Prozent der Gesamtbevölkerung (Zahlen für 2021). Rund 1,9 Millionen junge Menschen unter 18 Jahren leben in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, diese Zahl zu senken, doch auch aufgrund hoher Flüchtlingszahlen steigt die Anzahl der Kinder in SGB II-Haushalten wieder an.

In Zeiten steigender Energie- und Lebensmittelpreise erhöht sich auch der Druck auf die Familien. Wir als CDU finden uns mit dieser Entwicklung nicht ab.

Wir sind aber davon überzeugt, dass man die Herausforderungen dieser Familien mit Geld allein nicht lösen kann: Kinder benötigen Aufmerksamkeit, Zuneigung, Förderung und Teilhabe, Eltern benötigen Kraft, Zuversicht und eine Perspektive.

Wir wollen deshalb einen umfassenden Ansatz, der alle wichtigen Bereiche erfasst: Die Familie ist der wichtigste Ort für gutes Aufwachsen von Kindern. Deshalb wollen wir Familien und Eltern früh und durchgängig stärken, Prävention und Hilfen verbessern; gute Kitas und Schulen sind wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildung. Wir werden das Kindergeld erhalten und Familien in Schwierigkeiten ein Kinderzukunftsgeld ermöglichen. Der Zugang zu Familienleistungen wird vereinfacht. Und schließlich sorgen wir für eine gute und verlässliche Gesundheitsversorgung für Kinder.

Unser umfassendes Kinderzukunftspaket besteht daher aus 4 Elementen:

- 1. Familie ist der wichtigste Ort für ein gutes Aufwachsen von Kindern.**
- 2. Gute Kitas und Schulen verbessern Bildungschancen für alle Kinder.**
- 3. Mit Kindergeld und Kinderzukunftsgeld werden Familien finanziell einfach unterstützt.**
- 4. Alle Kinder brauchen eine gute Gesundheitsversorgung.**

I. Familie ist der wichtigste Ort für ein gutes Aufwachsen von Kindern

Wir wollen Familien helfen, denn starke Familien sind gut für die Kinder. Eltern stehen als erstes in der Verantwortung für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder. Die meisten Eltern kümmern sich gut und engagiert um ihre Kinder. Es gibt allerdings auch Eltern, die Schwierigkeiten haben, für ihre Kinder zu sorgen und sie zu fördern. Es gibt bereits viele unterschiedliche und gute Angebote vor Ort. Oftmals fehlt

jedoch der Zugang zu den Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Die sog. Frühen Hilfen bilden insbesondere lokale und regionale Unterstützungssysteme mit koordinierten Hilfsangeboten für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren mit einem Schwerpunkt auf der Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen. Sie zielen darauf ab, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Die Unterstützung des Bundes wurde von der Ampel im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr gekürzt.

Wir wollen **Eltern, die Unterstützung benötigen, dazu befähigen**, ihre Erziehungsaufgaben wahrzunehmen und ihren Kindern Entwicklungschancen zu geben.

Wir wollen:

- Eltern- und Familienbildung stärken. Wir setzen uns für frühe, gebündelte, niedrigschwellige Hilfen und Beratungsangebote bspw. nach dem Vorbild der hessischen **Familienzentren** ein. **Frühe Hilfen** für Familien wollen wir ausbauen und stärken. Die unterschiedlichen Hilfesysteme müssen vernetzt werden.
- ein flächendeckendes Angebot von **Familienlotsen**, gerade in sozial herausfordernden Lagen (SGB II). Diese sollen, ggf. zusammen mit Trägern von Kinder- und Jugendeinrichtungen und der bestehenden Beratungsinfrastruktur von Familienkassen und Jobcentern, niedrigschwellige Hilfen zur Selbsthilfe geben, an Termine erinnern, bei der Nutzung von Bildungsangeboten oder der Suche nach bedarfsgerechten Beratungsangeboten helfen. Gute Beispiele wie die „Stadtteilmütter“ in Nordrhein-Westfalen oder die hessischen „Familienzentren“ können hier Vorbild sein.
- eine Bündelung und **bessere Verzahnung und Kooperation der Kita- und Schulsozialarbeit sowie der Jugendhilfe und der Kinderärzte**.
- die **Familienberatung vor Ort stärken**, z. B. als Gespräch im Rahmen von Kita-Aufnahme und Schulanmeldung.

Unser Ziel ist, **Familien in Herausforderungen** gezielt zu berücksichtigen und zu unterstützen.

Wir wollen:

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine **Verbesserung haushaltsnaher Dienstleistungen, die vollständige steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten** und ein **bürokratiearmes Gutscheinsystem**, das insbesondere Alleinerziehenden, Familien mit geringerem Einkommen und kinderreichen Familien zugutekommt, erleichtern.
- Familienzeitmodelle bzw. Familienzeitkonten, die es Familien erleichtern, vorübergehend ihren Arbeitsumfang zu reduzieren, ohne finanzielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen deshalb die **Zeitwertkonten nach SGB IV als „Familienzeitkonten“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen**. Eltern sollen angesparte Zeiten (Überstunden oder z. B. 10 Prozent der Arbeitszeit) einsetzen können, um z. B. in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. Auch staatliche Fördermittel oder Zeitguthaben sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden. Die Familienzeitkonten müssen zudem entbürokratisiert werden.
- den steuerlichen Entlastungsbetrag **für Alleinerziehende** perspektivisch in einen

Steuerabzugsbetrag, d. h. **Abzug von der** Steuerschuld, umwandeln. So können wirksame Anreize gegeben werden, eine schwierige Situation aus eigener Kraft zu überwinden. Eine **Anhebung des Kinderfreibetrags auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags** streben wir weiter an.

- für **Familien mit Zuwanderungsgeschichte** die Fortführung der Programme, die wir unter CDU-geführter Bundesregierung etabliert haben, wie bspw. die speziellen Integrationskurse oder die Förderung von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte, um deren Berufseinstieg zu ebnen.

II. Gute Kitas und Schulen verbessern Bildungschancen für alle Kinder

Kinder verbringen einen erheblichen Teil ihrer Zeit in Kitas und Schulen. Diese Orte der Bildung, der Erziehung und der menschlichen Begegnung sind ein starkes Instrument, um allen Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Sie kommen allen Kindern gleichermaßen zugute und tragen wesentlich dazu bei, Bildung und Teilhabe für alle zu gewährleisten. Die ersten Lebensjahre vor der Einschulung sind für die Zukunft der Kinder von entscheidender Bedeutung. Deshalb muss der Bereich der frühkindlichen Bildung deutlich priorisiert werden.

Gute Infrastruktur in Kita und Schule

1. Qualitativer und quantitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung

Auf den Anfang kommt es an. Den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz haben wir unter der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eingeführt. Die Kindertagesbetreuung wurde in den letzten Jahren massiv ausgebaut; dies gilt jedoch nicht in gleichem Maße für die Qualität in der frühen Bildung. Dabei trägt sie entscheidend zum Bildungserfolg der Kinder bei, vor allem wenn sie aus bildungsbenachteiligten Familien stammen.

Viele Kitas schaffen es nicht mehr, alle Kinder gut und zuverlässig zu betreuen. Sie sind überlastet und leiden unter einem eklatanten Personalmangel. Laut Schätzungen des Deutschen Städtetages fehlen in den kommenden Jahren etwa 230 000 Erzieherinnen und Erzieher. Der akute Fachkräftemangel bringt Kindertagesstätten und andere Einrichtungen zur Ganztagsbetreuung an ihre Grenzen. Daher ist es wichtiger denn je, Anreize zu schaffen und kreative Lösungen für die Rekrutierung der fröhpädagogischen Fachkräfte zu finden.

Wir wollen:

- Kitas als **attraktiven Arbeitsplatz** gestalten. Angebote der „**Praxisintegrierten Ausbildung**“ (PiA), nach dem Vorbild von Hessen und Schleswig-Holstein, sollen flächendeckend als attraktive Alternative zur klassischen Ausbildung „Sozialpädagogische Assistenz“ und zur Erzieher-Ausbildung eingeführt werden. Bei PiA ist die Praxiszeit einschließlich des Berufspraktikums gleichmäßig in die Ausbildungsjahre integriert, außerdem wird ein Ausbildungsgehalt gezahlt. Damit ist PiA nicht nur besonders für Quereinsteiger interessant. Verpflichtende und **berufsbegleitende Weiterbildungsangebote** müssen nach der Aus- und Fortbildung hinzukommen.
- **mehr Fachkräfte gewinnen**, indem wir ein größeres Qualifikationsspektrum und mehr Multiprofessionalität ermöglichen. Die Öffnung der Zugänge auch für ausländische Fachkräfte mit guten deutschen Sprachkenntnissen und Erleichterung der

Anerkennung streben wir an.

- **verbindliche Qualitätsmindeststandards**, auf die sich die Länder verständigen, im Bereich der Strukturqualität, wie maximale Gruppengröße, Fachkraft-Kind-Relation und mehr Personal für Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf. Um Qualitätsmindeststandards überall durchzusetzen, sind trägerübergreifende Qualitätskontrollen anhand bundesweit einheitlicher Qualitätsindikatoren erforderlich. Eine Verständigung unter den Ländern ist dafür notwendig.
- **Verwaltungsaufgaben** reduzieren und Modelle schaffen, um **Fachkräfte in den Einrichtungen bei Verwaltungsaufgaben** zu unterstützen, damit sie mehr Zeit für pädagogische Aufgaben haben.
- **Tagesmütter und -väter** in Ergänzung zu den Kitas **stärker fördern und unterstützen**. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels hat diese Betreuungsform besonderes Potenzial. Tagesmütter und -väter können in kurzer Zeit ausgebildet werden und in der Regel flexibel Betreuungskapazitäten und -zeiten in den eigenen vier Wänden zur Verfügung stellen. Für berufstätige Mütter und Väter – besonders bei Kinder unter 3 Jahren – ist diese individuelle Betreuung eine große Unterstützung und Erleichterung.

Flächendeckende Diagnostik zur Abbildung des Entwicklungsstands der Kinder

Die Schuleingangsuntersuchung ist die einzige Untersuchung, die alle in Deutschland gemeldeten Kinder eines Jahrgangs erreicht. Sie findet derzeit im Jahr vor der Aufnahme in die erste Jahrgangsstufe und damit deutlich zu spät statt, um Kinder mit vorschulischem Förder- oder Therapiebedarf zu entdecken.

Wir wollen:

- einheitliche Standards zur Einführung einer **frühen, flächendeckenden Diagnostik** zur Abbildung des Entwicklungsstands von Kindern **im Kita-Alter (3 bis 4 Jahre)**: Die Diagnostik soll neben schulischen Vorläuferfähigkeiten (darunter Sprachstand, Wortschatz, mengen- und zahlbezogenes Wissen) auch Motorik und Selbstregulation berücksichtigen.
- die Schaffung von **Funktionsstellen in den Bereichen Diagnostik und Qualitätsentwicklung** beginnend in den besonders belasteten frühen Bildungseinrichtungen. Diese Funktionsstellen werden nicht auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet.
- Diagnoseinstrumente und Fördermaterialien den pädagogischen Fachkräften **digital zur Verfügung** stellen.
- Kinder, die die **deutsche Sprache nicht altersgemäß beherrschen**, mit evidenzbasierten und verpflichtenden Sprachprogrammen und einer additiven Sprachbildung **bedarfsgerecht fördern**. Besonders das erfolgreiche Bundesprogramm Sprach-Kitas „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ sollte auch weiterhin vom Bund unterstützt werden.
- **grundsätzlich alle Kinder** auf einen zusätzlichen Förderbedarf insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung testen, also **auch Nicht-Kita-Kinder und Kinder in der Kindertagespflege**.
- **eine verpflichtende, qualitativ wirksame und durchgehende vorschulische**

Förderung für alle Kinder, bei denen ein Förderbedarf festgestellt wurde. Hierzu sind sowohl die Angebotsstrukturen als auch die juristischen Voraussetzungen zur verbindlichen Förderung aller Kinder mit Förderbedarf zu schaffen.

2. Kitas und Grundschulen in sozial herausfordernden Lagen

In Deutschland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg nach wie vor ausgeprägt. Dieser Umstand hat sich auch aufgrund der Corona-Krise, der gestiegenen Inflation und höheren Flüchtlingszahlen verschärft. Besonders betroffen sind Kinder mit Zuwanderungsgeschichte. Deshalb wollen wir weiter daran arbeiten, diesen Zusammenhang zu reduzieren.

Wir wollen:

- **höhere finanzielle Zuwendungen** und eine bessere personelle Ausstattung für **Kitas und Schulen in sozial herausfordernden Lagen**. Nach dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ werden diese Bildungseinrichtungen mithilfe eines einrichtungsscharfen Chancenindex identifiziert und mit zusätzlichen Mitteln, u. a. für Sprachförderung, kulturelle und musische Bildung, Sport, Demokratieerziehung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Gesundheitsförderung, Ernährung und den verstärkten Einsatz multiprofessioneller Teams, unterstützt. Um den **einrichtungsscharfen Chancenindex** exakt abzubilden, sollen neben der Bürgergeld-Quote eine nichtdeutsche Familiensprache, der eigene Zuzug aus dem Ausland sowie der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfasst werden. Wir setzen uns für ein entsprechendes Bund-Länder-Programm in Fortführung der Initiative „Schule macht stark“ ein. In Schleswig-Holstein werden sog. PerspektivSchulen mit einem Bildungsbonus besonders unterstützt. Die Schulen wurden auf Basis eines eigens erstellten PerspektivSchul-Index ausgewählt. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen waren die ersten Flächenländer mit einem Programm für Schulen in einem sozial belasteten Umfeld.
- **Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte**, in Hessen z. B. UBUS genannt, die Schülerinnen und Schüler in ihrer allgemeinen und schulischen Entwicklung, in der Stärkung ihrer sozialen Kompetenzen unterstützen und sie individuell fördern.
- prüfen, ob vorhandene Erfahrungen mit einer **schülerindividuellen Ressourcenzuteilung** auf der Grundlage bundeseinheitlicher Kriterien stärker bei der finanziellen und personellen Ausstattung der Schulen berücksichtigt werden können.

3. Kitas und Grundschulen zusammendenken

Kitas und Grundschulen gehören hierzulande zwei unterschiedlichen Systemen an: die Kita ist der Kinder- und Jugendhilfe zugeordnet, die Grundschule dem Pflichtbildungsbereich. Der Übergang der Kinder in die Grundschule wird dadurch erschwert, zumal Kitas und Grundschulen nicht zur Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Wir wollen:

- beide Systeme besser miteinander verzahnen. Dafür ist die **Zuständigkeit für die frühe Bildung** und die Grundschule bei den **Bildungsministerien** der Länder anzusiedeln.
- die Anschlussfähigkeit beider Systeme sicherstellen, indem die Länder Standards

für die frühkindliche Bildung weiterentwickeln, die Lernen als Kontinuum und die Gestaltung des Übergangs als gemeinsame Aufgabe von Kita und Grundschule verstehen.

- **Vorlaufkurse Deutsch**, wie etwa im hessischen Gesamtsprachförderkonzept enthalten, **verpflichtend etablieren**, in denen Kinder mit Sprachdefiziten in Deutsch im Jahr vor der Einschulung intensiv auf den Unterricht in der Grundschule vorbereitet werden.
- **Familienzentren** auch an Kitas und Grundschulen einrichten, um herkunftsbedingte Bildungsungleichheit abzubauen.
- **allen Kitas den Zugang zu Programmen** ermöglichen, die **bislang nur Schulen** in herausfordernden Lagen zugänglich waren. Dazu gehören zusätzliche Mittel für Sprachförderung, Sport, Gesundheits- und Ernährungsberatung sowie der verstärkte Einsatz multiprofessioneller Teams.
- **die Zusammenarbeit von Sozialarbeitern** in Kitas und allen Schulformen fördern. Unser Ziel ist es, Informationsverluste beim Schulwechsel zu vermeiden und Sozialarbeitern zu ermöglichen, bereits erfolgte Arbeit ohne Brüche fortzuführen.

4. Grundkompetenzen in Grundschulen vermitteln

Zuletzt zeigte der IQB-Bildungstrend 2021 für alle untersuchten Kompetenzen (Lesen, Zuhören, Orthografie und Mathematik) in den Grundschulen einen deutlichen Rückgang der durchschnittlich erreichten Schülerleistungen. Dieser durch Corona verschärfte Rückgang der Kompetenzen entspricht zwischen einem viertel und fast einem halben Schuljahr. Auch der langfristige Trend zeigt eine negative Tendenz. Dies führt dazu, dass in einigen Ländern 25 Prozent der Grundschüler beim Übergang in die weiterführenden Schulen nicht über die erforderlichen sprachlichen und mathematischen Mindeststandards verfügen, um die Schule erfolgreich abzuschließen.

Wir wollen:

- den Schwerpunkt auf die **Förderung der basalen sprachlichen und mathematischen Kompetenzen** der Grundschüler legen. Ziel ist es, die Zahl der Kinder signifikant zu senken, die in Deutsch und Mathematik die Mindeststandards verfehlen. Denn diese Kompetenzen sind grundlegend für den Kompetenzerwerb in den anderen Fächern.
- im Bedarfsfall die **Pflicht zur Teilnahme an einer zusätzlichen sprachlichen oder mathematischen Förderung** anhand empirisch wirksamer Förderansätze.
- in den **Fächern Deutsch und Mathematik** mindestens die von Experten geforderte Mindestanzahl von sechs Stunden in Deutsch und fünf Stunden in Mathematik. Im Fach Deutsch soll zusätzlich eine explizite Lesezeit ausgewiesen werden.
- dass Förderung basaler Kompetenzen **auch soziale Kompetenzen wie Zuhören können, Regeln einhalten** und den **Respekt im Umgang** mit anderen umfassen muss.

5. Ganztagschulausbau vorantreiben – Fachkräftemangel lindern

Solange die Kinder noch in die Kita gehen, werden sie auch nachmittags betreut. Mit dem Wechsel in die Grundschule fällt diese Option oft weg. Daher beschloss die CDU-geführte Koalition 2021 die schrittweise Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung der Grundschul Kinder ab dem 1. August 2026. Allerdings fehlen

Personal und Betreuungsplätze, so dass die Realisierung des Rechtsanspruchs gefährdet erscheint.

Wir wollen:

- breit angelegte **Werbekampagnen**, wie etwa „Die Zukunft braucht dich!“, um junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen und das Ansehen des Berufs in Gesellschaft und Öffentlichkeit zu stärken.
- die Umsetzung des an die Kommunen gerichteten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung als eine **gemeinschaftliche Aufgabe** verstehen, zu der auch der Bund und die Länder ihren Beitrag leisten.
- **multiprofessionelle Teams** an Grundschulen. Die Kooperation zwischen Lehrkräften und anderen Berufsgruppen sowie externen Partnern hat eine wichtige strategische Bedeutung. Wir müssen deshalb die Ausbildungskapazitäten in allen Professionen überprüfen und bedarfsgerecht anpassen. Flexibilität im Rahmen der Ganztagsbetreuung durch die Einbeziehung der Kindertagespflege sollte geprüft werden.
- **attraktive Angebote** für Ruheständler, die diese veranlassen, länger zu arbeiten, während Teilzeitkräfte gebeten werden, ihre Stundendeputate aufzustocken.
- die vor Ort **ansässigen Vereine, Gruppen, kulturellen Einrichtungen in die Ganztagsbetreuung einbinden**, um bestehende Freizeit- und Bildungsangebote und bestehendes ehrenamtliches Engagement nicht zu gefährden.

6. Digitale Bildung von Anfang an

In einer zunehmend digitalen und vernetzten Welt braucht es neue Kompetenzen, um die Chancen, die die digitale Transformation mit sich bringt, zu nutzen und Gefahren wirksam zu begegnen. Die Frage, ob junge Menschen digitale Kompetenzen haben, entscheidet künftig darüber, welche Chancen sie am Arbeitsmarkt haben und ob sie sich souverän in der digitalen Welt bewegen können und resilient sind gegen Desinformation und Manipulation. Sie entscheidet auch darüber, ob wir als Gesellschaft im digitalen Zeitalter Gestalter und Anbieter neuer Lösungen sind, oder nur die Produkte und Geschäftsmodelle anderer konsumieren. Fehlende Angebote führen zu neuen Formen von Bildungsungerechtigkeit: die einen werden von ihren Eltern nachmittags in den Coding Kurs geschickt, die anderen fallen auf Kostenfallen im Internet rein. Nur mit umfassender digitaler Bildung schaffen wir echte Zukunftschancen für alle Kinder und ermöglichen ein souveränes Agieren in einer zunehmend digitalen und vernetzten Welt.

Wir wollen:

- schon in den Kitas mit Kindern und unter Einbeziehung der Eltern entwicklungsfördernde digitale Angebote nutzen und den altersadäquaten Umgang mit digitalen Tools schulen.
- in den Schulen umfassende digitale Bildung sowie (digitale) Schlüsselkompetenzen anhand der vier K (Kommunikation, Kollaboration, Kreativität, Kritisches Denken) vermitteln.
- digitale Angebote für Kinder mit Förderbedarf und besonders begabte Kinder individuell nutzen.
- den Transfer von der Wissenschaft in die pädagogische Praxis verbessern.

Gute kommunale Freizeitinfrastruktur

Insbesondere in schwierigen Lebenssituationen brauchen Jugendliche eine gut ausgebaute Freizeitinfrastruktur und konkrete Unterstützung und Begleitung. Sie brauchen einen Ort, wo sie sich treffen und ausprobieren können, wie beispielsweise Jugendzentren, Bibliotheken, offene Sportstätten oder auch Schwimmbäder.

Wir wollen:

- den Ausbau von Anlaufstellen konkret für Jugendliche einschließlich eines **Ausbaus und Vernetzung der Jugendsozialarbeit**.
- den Erhalt und den Ausbau **der Freizeitinfrastruktur** vor Ort, die Stärkung der Vereine und des ehrenamtlichen Engagements. Vereine, die gemeinnützig Freizeitinfrastruktur unterhalten und betreiben, wollen wir von steuerlichen und bürokratischen Vorgaben entlasten.

III. Mit Kindergeld und Kinderzukunftsgeld werden Familien finanziell einfach unterstützt

Das **Kindergeld ist eine Erfolgsgeschichte**. In vielen Jahrzehnten haben Millionen Eltern Kindergeld bekommen, im Jahr 2023 wird mit 47,3 Mrd. Euro Kindergeldleistungen gerechnet. Die Ampel will das Kindergeld abschaffen! Wir wollen das **Kindergeld erhalten**.

Alle Familien müssen die für sie geregelten Leistungen auch in Anspruch nehmen können. Wir werden dafür sorgen, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets, die Kindern aus einkommensschwächeren Haushalten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung von Angeboten aus den Bereichen Bildung, Kultur, Musik und Sport ermöglichen sollen, auch genutzt werden. Dafür wollen wir familienpolitische Leistungen, die Kinder vor einer Armutsgefährdung schützen, zu einem „**Kinderzukunftsgeld**“ bündeln. Dabei werden wir sicherstellen, dass sich Arbeit weiterhin lohnt und die Kopplung an die Erwerbstätigkeit beibehalten.

Wir wollen:

- das **Kindergeld erhalten**. Das Kindergeld in der jetzigen Ausgestaltung muss das zentrale Steuerungselement für Familien sein **und muss fortlaufend bedarfsgerecht angepasst** werden. Zudem werden wir im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht die **Freibeträge für Kinder** erhalten und die **Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Bezug des sog. Bürgergeldes** fortlaufend überprüfen und bedarfsgerecht anpassen.
- ein **übergreifendes digitales Portal für alle Familienleistungen**, damit Familien die ihnen zustehenden Leistungen einfach und unbürokratisch erhalten können. Dabei müssen auch die Möglichkeiten des Datenaustauschs verbessert werden.
- ein „**Kinderzukunftsgeld**“ **einführen**. Das „Kinderzukunftsgeld“ soll als Dach vor allem **folgende Leistungen umfassen**:
 - den Kinderzuschlag. Dabei soll der Kinderzuschlag auch künftig an die Erwerbstätigkeit geknüpft sein. Durch die Reformen unter CDU-Bundesregierung ist die Anzahl der Bezieher von Kinderzuschlag von rund 250 000 auf rund 800 000 gestiegen.
 - Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (Teilhabebetrag) und

- digitalisierungsbedingte Leistungen für Schulkinder.
- eine **Erweiterung der Übergangszone**, um noch mehr Kinder von Eltern mit geringem Einkommen, die an der Grenze zur Anspruchsberechtigung des Kinderzuschlags/Wohngeldes liegen, unterstützende Leistungen zu ermöglichen. Denn noch immer gibt es eine **harte Abbruchkante**, d. h. 1 Euro Einkommen zu viel und der gesamte Anspruch auf bspw. das Bildungs- und Teilhabepaket fällt weg.
- eine Anlaufstelle schaffen, die bedürftige Familien unterstützt bei der Frage, welche Leistungen ihnen zustehen. **Familienbüros sollten Anlaufstelle und Lotse besonders in sozial herausfordernden Gebieten sein.**

Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets erhöhen

Kinder, die in armutsgefährdeten Familien aufwachsen, starten mit weniger Chancen ins Leben. Dem wollen wir entschieden entgegenwirken. Um diese Kinder besonders zu unterstützen, haben wir das „Bildungs- und Teilhabepaket“ eingeführt und unter CDU-geführter Bundesregierung 2019 nochmals deutlich verbessert. Wir wollen, dass diese wichtigen Leistungen zielgerichteter bei den Kindern ankommen. Gleichzeitig sind die Verwaltungskosten vielerorts immer noch zu hoch.

Wir wollen:

- Leistungen des **Bildungs- und Teilhabepakets erhöhen, weiter entbürokratisieren und nach Möglichkeit pauschalisieren.**
- durch eine Evaluierung prüfen, ob die im Rahmen der Corona-Pandemie vorgenommenen Erleichterungen durch den Wegfall eines gesonderten Antrags zur **Lernförderung** entfristet werden können.
- weitere **Verbesserungen** für die sog. Leistungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft, z. B. **Mitgliedschaft im Sportverein, Musikunterricht, Zoo- oder Museumsbesuch**. Mithilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) soll auch dieser Betrag künftig empirisch ermittelt und jährlich dynamisiert werden. Zudem sollen künftig auch weitere tatsächliche Aufwendungen wie Sportgeräte und Musikinstrumente übernommen werden, um Kindern und Jugendlichen echte Teilhabe zu ermöglichen. Bislang ist die Übernahme ausschließlich in das Ermessen gestellt.
- den für Kinder so wichtigen **Besuch von Schwimmkursen** in das Bildungs- und Teilhabepaket aufnehmen.
- dass Leistungen des **Bildungs- und Teilhabepakets** bei den Kindern ankommen: Kinder sollen über eine **Teilhabe-App**, wie es sie in Thüringer Städten bereits gibt, einen unbürokratischen Zugang zu besonderen schulischen, Sport-, Musik- und Freizeitangeboten erhalten. Ziel ist ein bundesweites bzw. einheitliches System mit einer datenschutzrechtlich einwandfreien Lösung. Sachleistungen, die dem Kind zustehen, wären auch über diese App abrufbar (finnisches Modell). Auf die App soll ein Guthaben aufgeladen werden und abrufbare Angebote, die die Kinder aussuchen und die Eltern dann jeweils nur bestätigen müssen.
- **die digitalisierungsbedingte Ausstattung** in Form eines Endgeräts und Internetzugangs regelhaft Kindern und Jugendlichen einer einkommensschwachen Familie zur Verfügung stellen.

IV. Alle Kinder brauchen eine gute Gesundheitsversorgung

Die Defizite in der gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sind besorgniserregend: Volle Kinderarztpraxen und fehlende Medikamente sind Anzeichen des Mangels. Für eine flächendeckende und gute Gesundheitsversorgung brauchen wir:

1. Eine medizinische Versorgungssicherheit und -qualität für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Wohnort

Aufgrund von Engpässen in den letzten Monaten können Ärztinnen und Ärzte nicht immer kindgerechte und schnelle Behandlungen ermöglichen. Der Kraftaufwand für Eltern, dennoch die beste Therapie für den Nachwuchs zu gewährleisten, steigt dadurch immens und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen kann nachhaltig beeinträchtigt werden.

Wir wollen:

- dass die Bundesregierung darauf hinwirkt, dass eine ausreichende **Produktion und Bevorratung wichtiger Arzneimittel**, insbesondere für Kinder und Jugendliche (pädiatrische Grundversorgung), in Europa sichergestellt wird. Versorgungsengpässe wie wir sie im Winter 2022/2023 erlebt haben, müssen frühzeitig erkannt und schnell beseitigt werden.
- dass die Länder durch gezielte **Nachwuchsprogramme dem wachsenden Mangel an Kinderärztinnen und -ärzten sowie Fachangestellten** begegnen.
- gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zur Behebung des Fachkräftemangels, um für die **Kinderstationen der örtlichen Kliniken** wieder mehr Pflegekräfte gewinnen zu können.
- **sozialpädiatrische Zentren**, die eine wichtige Funktion bei der Untersuchung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung des sozialen Kontextes übernehmen, verstärkt ausbauen.

2. Hilfe für Kinder und Jugendliche, um die psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen

Die Pandemie und die damit einhergehenden staatlichen Gegenmaßnahmen haben Kinder und Jugendliche erheblich in ihrer persönlichen Entwicklung eingeschränkt und beeinträchtigt.

Wir wollen:

- dass zur Wiederherstellung der seelischen Gesundheit besonders betroffener Kinder und Jugendlicher **zusätzliche Unterstützungsangebote, v.a. auch Therapieplätze**, bereitgestellt werden.
- den Ausbau von **Resilienzförderprogrammen**, wie etwa dem hessischen Programm „Safe Place“ für Schülerinnen und Schüler insbesondere der Klassen 4 bis 7.
- **niedrigschwellige Angebote für Bewegung, Spiel und Sport** für Kinder und Jugendliche **mit den Sportverbänden und Vereinen** entwickeln. Ziel ist es, Spaß an Bewegung und Lebensfreude zu fördern und das Wir-Gefühl zu stärken, damit alle Kinder wieder regelmäßigen Zugang zu Bewegung und Gesundheit sowie sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe bekommen.
- einen leichteren Zugang von Kindern und Jugendlichen zu **musikalischer Erziehung**, zum Erlernen eines Instruments oder zum Singen im Chor.
- den in der Corona-Pandemie um wichtige Erfahrungen gebrachten und in ihren

Bildungswegen zurückgeworfenen Jugendlichen mit einem weiteren **Aufholprogramm** ermöglichen, diese Erfahrungen so weit wie möglich nachzuholen: durch eine Praktikumsoffensive im Inland, eine verbesserte Förderung von Auslandsaufenthalten in Schule, Ausbildung und Studium sowie einen Ausbau der Programme zum außerschulischen Jugendaustausch.